

# Nachbarregionen unterstützen die Schweiz in Brüssel

*Neun Grenzregionen aus allen Nachbarländern warnen in einem Brief an EU-Kommissions-Präsident Juncker vor einer bilateralen Negativ-Spirale*

NIKLAUS NUSPLIGER, BRÜSSEL

Dass die EU-Kommission Ende Juni die Fortschritte auf dem Weg zu einem Rahmenabkommen als ungenügend erachtete und die Schweizer Börsenäquivalenz nicht verlängerte, löste bei den Mitgliedstaaten keineswegs nur Begeisterung aus. Doch Bemühungen, die Kommission zu einem Kurswechsel zu bringen, blieben aus. Nun aber melden sich erstmals die Nachbarregionen der Schweiz zu Wort, die von einer Eskalation zwischen Bern und Brüssel unmittelbar betroffen wären. Auf Initiative Baden-Württembergs haben insgesamt neun Regionalpräsidenten ein gemeinsames Schreiben an Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker versandt, in dem sie eindringlich vor einer negativen Dynamik warnen, die die Chancen des Rahmenabkommens schmälern würde.

Der am 2. September versandte Brief, der der NZZ vorliegt, ist von deut-

scher Seite von den Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Baden-Württemberg) und Markus Söder (Bayern) signiert. Aus Österreich unterzeichneten die Landeshauptleute aus Tirol und Vorarlberg, aus Frankreich die Regionalpräsidenten von Auvergne-Rhône-Alpes, Bourgogne-Franche-Comté sowie Grand Est. Aus Italien stehen die Unterschriften des Regionalpräsidenten des Aostatal sowie des Landeshauptmanns der Provinz Bozen-Südtirol unter dem Schreiben.

## Zuerst Rom konsultieren

Demgegenüber fehlen die von Vertretern der Lega und der Forza Italia geführten Regionen Lombardei und Piemont. Dem Vernehmen nach wurden auch die Präsidenten dieser Regionen angefragt, doch wollten sie zuerst die Regierung in Rom konsultieren und gaben danach keine Rückmeldung mehr.

Das Schreiben der neun Regionalpräsidenten ist in englischer Sprache verfasst. Die Wortwahl ist sehr diplomatisch und wirkt manchmal etwas kryptisch, offene Kritik an der Kommission wird vermieden. Die jüngsten Entwicklungen geben den Regionalpräsidenten aber «Anlass zu grosser Sorge», wie sie schreiben. Die Schweiz sei angehalten, sich auch mit Blick auf das Rahmenabkommen an Abmachungen zu halten – der Vertragstext wird als «fair und ausgeglichen» bezeichnet. Nach der Nichtverlängerung der Börsenäquivalenz drohe aber eine Dynamik, die die Schweiz und die EU weiter auseinandertriebe.

Die Regionalpräsidenten befürchten, dass eine Ablehnung des Rahmenabkommens bei einer Volksabstimmung den bilateralen Verträgen die Grundlage entzöge – mit negativen wirtschaftlichen Folgen für die Nachbarregionen. Zudem weisen sie dar-

auf hin, dass die Schweiz als direkte Demokratie besonders auf den Einbezug aller relevanten Gruppierungen achten müsse. Sie plädieren daher für mehr Verständnis: «Es ist wichtig, mit Besonnenheit und Vorsicht zu reagieren und der Schweiz genug Zeit zu geben, um alle sozialen Gruppen zu involvieren.»

## Kopie an von der Leyen

Der Brief ist an EU-Kommissions-Präsident Juncker adressiert. In Kopie ging er aber unter anderem auch an Ursula von der Leyen, die Junckers Nachfolge planmässig per 1. November antritt und den künftigen Kurs gegenüber der Schweiz mitprägen wird. Dass sich die Nachbarregionen erstmals überhaupt koordiniert in die Beziehungen zwischen Bern und Brüssel einschalten, zeigt, dass sie die Gefahr einer Negativspirale als gross einstufen. Doch

während den Regionen keine formelle Rolle zukommt, ist von der Leyen an die Beschlüsse aller Mitgliedstaaten gebunden, bei denen das Verständnis für die Schweiz insgesamt kleiner ist.

Mehrere Entscheide könnten eine Negativspirale beschleunigen. So steht in der Schweiz ein Entscheid über die Kohäsionsmilliarde an. Zudem ist die Schweizer Medizinaltechnikbranche darauf angewiesen, dass die EU bis im Frühling 2020 zur Aktualisierung des Kapitels Medizinprodukte im Abkommen über technische Handelshemmnisse Hand bietet. Der Schweizer Forschungsplatz hofft derweil auf rasche Klarheit über die Teilnahmebedingungen am Forschungsprogramm Horizon Europe. Wohl auch vor diesem Hintergrund heben die Regionalpräsidenten explizit die Bedeutung der grenzüberschreitenden Kooperationen zwischen Forschungsinstituten, Universitäten und Unternehmen hervor.